Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Lehmbruch, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf, Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Rädevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 273 | Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis: Durch die Post oder durch die Geschäftsstelle Mk. 10,20 vierteljährlich. | **Halver** Donnerstag den 16 Dezember 1920 | Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite 20 Pfg., auswärts 25 Pfg., im Reklameteil 1 mm hoch 90 mm breit 60 Pfg. | 20. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Gegen die Vergewaltigung von Eupen—Malmedy hat die Reichsregierung erneut Protest beim Völkerbund eingelegt.

* Das preußische Landes-Ökonomie-Kollegium wird demnächst wieder zu einer Tagung zusammentreten.

* Wie in Wiener parlamentarischen Kreisen verlautet, steht die Ernennung des gewesenen Reichstagsabgeordneten Dr. Langenhan zum Gesandten in Berlin unmittelbar bevor.

* Aus verschiedenen Städten Böhmens werden kommunistische Unruhen gemeldet.

* Die holländische Regierung hat die diplomatischen Beziehungen zu Serbien abgebrochen.

* König Konstantin hat Luzern verlassen und ist zur Thronübernahme nach Athen abgereist.

* Kronprinz Georg von Griechenland hat Paris verlassen, um auf Wunsch seines Vaters Konstantin von Venedig aus mit dem Panzerkreuzer „Georgios Averow" nach dem Piräus zu fahren.

Zahlungseinstellung?

Von sich aus auf andere zu schließen, ist nicht bloß eine oft geübte Manier des einzelnen Menschen: auch Gesellschaften, Gemeinwesen, ja ganze Nationen verfallen nur zu leicht in den gleichen Fehler. Eine Gewohnheit, die um so verständlicher wird, wenn es sich um Schwächen oder Fehler handelt, die man gern mit anderen Schicksalsgenossen teilen möchte. So wird es wohl gekommen sein, daß jetzt plötzlich von Wien aus behauptet wird, daß Deutschland bei den durch den Friedensvertrag begründeten Ausgleichsämtern sich für zahlungsunfähig erklärt habe. Die österreichische Republik befindet sich in einem Finanzzustand, mit dem verglichen der Deutsche sich immerhin doch noch sehen lassen kann; allein schon aus dem Grunde, weil unsere Produktionskraft doch bei aller Schwächung durch Krieg und Revolution noch immer seine achtunggebietende Höhe besitzt. Wenn die Wiener Regierung trotzdem ihre Zahlungen noch nicht eingestellt hat, so hat das praktisch vielleicht nicht viel zu bedeuten. Aber wie in einem solchen Falle die Außenwelt und insbesondere die Entente sich verhalten würde, das zu erfahren mag für sie immerhin von Belang sein. So konnte die Nachricht von der angeblichen Zahlungseinstellung Deutschlands in Wien das Licht der Welt erblicken, und wenn man sie dortigen Finanzkreisen zur Last legt, so ist ein solches Ursprungszeugnis natürlich jederzeit leicht zu beschaffen.

Natürlich wird sie von der deutschen Regierung sofort als unzutreffend bezeichnet. Es liegt hier eine sensationelle Aufmachung von Schritten vor, die von deutscher Seite allerdings unternommen worden sind, um zu einer Neuregelung des Verfahrens bei den Ausgleichszahlungen zu gelangen. Seit einiger Zeit schweben Verhandlungen mit den fremden Regierungen über eine anderweitige Regelung der monatlichen Abrechnungen aus dem sogenannten Ausgleichsverfahren für private gegenseitige Forderungen aus der Zeit vor dem Kriege. Nach dem Friedensvertrage sollte Deutschland die sich zu seinen Lasten aus dem Ausgleichsverfahren ergebenden monatlichen Mehrforderungen in bar abdecken, während im Fall eines Überschusses für Deutschland eine Barzahlung nicht vorgesehen war. Die Höhe der in den letzten Monaten zu leistenden Zahlungen hat der deutschen Regierung Anlaß gegeben, sich mit der britischen und französischen Regierung zum Zweck einer anderweitigen Regelung ihrer Verbindlichkeiten ins Benehmen zu setzen. Die Verhandlungen darüber haben bisher zu einem Resultat nicht geführt, sind aber noch nicht abgeschlossen. Mit Rücksicht hierauf hat das Deutsche Ausgleichsamt den Auftrag erhalten, die Ausgleichsämter der beteiligten Staaten darauf hinzuweisen, daß einstweilen eine Regelung der Kosten in der bisher vorgesehenen Form nicht stattfinden kann.

Soweit die deutsche Aufklärung über das, was vorliegt. Es wird ferner noch darauf aufmerksam gemacht, daß Deutschland nach Artikel 235 des Friedensvertrages einen Anspruch darauf hat, durch die Ausführung des Vertrages nicht der Mittel zur Anschaffung von Lebensmitteln und Rohstoffen beraubt zu werden, deren es zur Erfüllung seiner Wiederherstellungspflicht bedarf. Die Zahlungen der letzten Monate aus dem Ausgleichsverfahren haben aber eine Höhe erreicht, die der Deutschen Regierung auf die Dauer nicht die Möglichkeit lassen würde, die für den Unterhalt der Bevölkerung unbedingt erforderlichen Lebensmittel, geschweige denn die nötigen Rohstoffe im Auslande anzuschaffen. So ergibt sich ganz von selbst der Wunsch, hier ein anderes Zahlungsverfahren ausfindig zu machen, das, ohne unsere ausländischen Gläubiger in ihren Rechten zu schädigen, uns doch denjenigen Spielraum in der Geldmittelgebahrung läßt, den wir brauchen, wenn unsere Wirtschaft wenigstens einigermaßen noch in Gang erhalten werden soll.

Kann also die Wiener Behauptung von einer Zahlungseinstellung Deutschlands mit Recht als unzutreffend bezeichnet werden, so stehen wir immerhin vor einem ernsten Symptom unserer finanziellen Lage. Man bürdet uns von Monat zu Monat steigende Lasten auf, ohne uns zu gleicher Zeit wenigstens in den Stand zu setzen, die Triebkräfte unserer Produktion durch vermehrte Zufuhr von Rohstoffen oder durch geringere Entziehung von Brennstoffen zu stärken. Das Verharren auf der Forderung nach Barzahlung muß aber alle unsere Anstrengungen, den Kurswert der deutschen Mark zu heben und dadurch unserer Wirtschaftsarbeit neues Blut zuzuführen, immer wieder zum Scheitern bringen. Man treibt uns mit sehenden Augen dem völligen Ruin in die Arme, unbekümmert darum, was danach kommen soll. Nicht für uns natürlich, sondern für unsere Gläubiger, die ja noch lange nicht das letzte Wort gesprochen haben, in dem, was sie von uns zu fordern gedenken. In den nächsten Tagen werden sich in Brüssel wieder einmal Sachverständige um einen grünen Tisch niederlassen, um die Höhe der von Deutschland zu leistenden Wiedergutmachung zu prüfen. Die Herren könnten sich die ganze Mühe schenken, wenn nicht zuvor dafür gesorgt wird, daß wir auch zahlungsfähig seien. Auf dieses Ziel sind lediglich die Verhandlungen gerichtet, die von uns mit der britischen und französischen Regierung eingeleitet worden sind. Sie kommen, das ist richtig, auf eine Abänderung einer Einzelbestimmung des Friedensvertrages hinaus; aber wenn die Gegenseite uns z. B. in der Oberschlesischen Frage ein solches Entgegenkommen zumutet, so muß es wohl auch Deutschland gestattet sein, an diesen Vertrag zu rühren, dessen Heiligkeit in schließlich mit derjenigen der Bibel noch nicht ganz und gar auf einer Stufe steht. Dabei haben wir sogar eine allgemeine Sicherungsklausel dieses Vertrages noch auf unserer Seite. Beharren die fremden Regierungen auf ihrem Widerspruch, so bliebe abzuwarten, wer davon den Schaden zu tragen hätte. Oder soll uns etwa, wenn englische und französische Privatgläubiger unbefriedigt bleiben, auch wieder mit dem Einmarsch ins Ruhrgebiet gedroht werden?

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✣ **Verwaltungsgebühren der Kommunen.** Da die Neuregelung des Kommunalabgabenrechts erst später vorgenommen werden kann, hat die Staatsregierung der Preußischen Landesversammlung eine Novelle vorgelegt, die die Kommunen ermächtigt, Verwaltungsgebühren für Wohnungsämter, Mieteinigungsämter, Heizungsschiedsgerichte, Kohlenverteilungsstellen zu erheben, um der Finanznot der Gemeinden entgegenzukommen. Bisher durften Gebühren nicht erhoben werden.

✣ **Um das Volksbegehren in München.** Wie es heißt, beabsichtigt der Bürgerrat München mit Bezug auf das Volksbegehren, sich auf den Standpunkt zu stellen, daß die nach dem Gesetz erforderliche Mehrheit der in den Abstimmungslisten eingetragenen Wahlberechtigten sich für die Vornahme der Neuwahlen des Stadtrats ausgesprochen habe. Die Regierung von Oberbayern dürfte sich diesem Standpunkt anschließen, außerdem wäre noch die Möglichkeit der Beschwerde bei dem Verwaltungsgerichtshof gegeben.

✣ **Die Preußische Landesversammlung** stimmte in zweiter und dritter Beratung dem Gesetzentwurf über die Übertragung richterlicher Geschäfte in Grundbuchsachen auf die Gerichtsschreiber und die Vorsteher der Katasterämter zu. Angenommen wird sodann in erster, zweiter und dritter Beratung der Entwurf zur Ergänzung des Staatshaushaltsgesetzes für 1920. Eine Reihe von Verordnungen des Justizministers über Änderung von Gerichtsbezirken anläßlich der Ausführung des Friedensvertrages werden zur Kenntnis genommen.

Polen.

✕ **Die Regierung in Nöten.** Eine Kundgebung der polnischen Regierung besagt: Der polnische Staatshaushalt sieht vor ungeheuren Aufgaben infolge der Verkehrsschwierigkeiten und der Pflichten gegen die demobilisierten Soldaten. Polen braucht dazu politische, militärische und wirtschaftliche Hilfe. Diese kann es nur finden, wenn es in die Führung seiner inneren Angelegenheiten den Geist des Vertrauens hineinbringt. Der polnische Staat ist nicht mehr im Kriegszustand, aber auch nicht im Frieden. Die Regierung gleicht einem Lotsen, der ein Schiff einem Hafen zusteuert. Es ist klar, daß er diesen nur unter Mitwirkung aller erreichen kann.

Amerika.

✕ **Die verdächtigen Japaner.** Das Staatsdepartement hat den amerikanischen Botschafter in Tokio beauftragt, von der japanischen Regierung Erklärungen wegen der Konzentration japanischer Truppen auf der Insel Formosa zu verlangen. In Washington befürchtet man ernstlich, daß diese Truppenanhäufungen auf Formosa einer Bedrohung der amerikanischen Philippinen gelten.

Rußland.

✕ **Furcht der Sowjets vor einem Umsturz.** Die Sowjetregierung in Moskau erklärt, daß sie über sogenannte terroristische Angriffe gegen bolschewistische Regierungsmitglieder sehr beunruhigt sei. Die Bewegung wird hauptsächlich in den Kreisen der Sozialrevolutionäre ihre Stütze finden. Die Sowjetregierung erklärt weiter, daß verschiedene weiße Organisationen entdeckt worden sind, die in Spezialschulen Terroristen für den Mord an Sowjetvertretern vorbereiten. Die Sowjetregierung erklärt, daß die Geiseln, die sich in ihrer Gewalt befinden, unbarmherzig gerichtet würden, wenn ein einziger terroristischer Akt gegen Sowjetvertreter vorkommt.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Nach amtlicher Mitteilung sind die Thorner Deutschen, Superintendent Waubke, sowie die Herren Korsch, Laengner, Mahler, Hinckel, Mentzel und Woelk, am 10. Dezember aus der Internierung in Schrimm entlassen worden.

Halle a. S. Der unabhängige Sozialdemokrat Stammer wurde zum Landrat des Kreises Bitterfeld gewählt.

Deutscher Reichstag.

(46. Sitzung.) CB. Berlin, 14. Dezember.

Auch die heutige Sitzung war sehr schwach besucht. Aus den kleinen Anfragen, dessen Erledigung den Anfang der Sitzung bildete, ist die Anfrage des Abg. Mumm (Deutschnat.) hervorzuheben, die auf den Kleingeldmangel hinwies. Ein Regierungsvertreter erwiderte darauf, daß dauernd Kleingeld geliefert wird. In den letzten zwei Jahren sind mehr als eine Milliarde Stück Kleingeld verausgabt worden, so daß auf den Kopf der Bevölkerung 17 Stück entfallen. Schuld an dem Mangel ist die Zurückhaltung von seiten des Publikums. Man wird des Kleingeldmangels nicht mehr Herr werden, wenn die Geldhamsterei nicht aufhört.

Hierauf kam die Interpellation über das Handwerk, den Kleinhandel und das sonstige Kleingewerbe an die Reihe. Diese Interpellation wird in der vorgeschriebenen Frist be-

antwortet werden. Alsdann ging man zu der Fortsetzung der Aussprache über den

Haushalt des Reichsernährungsministeriums

über. Der Abg. Heyn (Deutsche Vp.) betonte unter anderm: Von der Linken sind heftige und gehässige Angriffe gegen die Landwirtschaft gerichtet worden, und man hat der Deutschen Volkspartei vorgeworfen, daß die Landwirte in ihren Reihen gegen die Vertreter der Großindustrie nicht aufkommen. Das ist durchaus unrichtig. Der Wille der Landwirtschaft zur Hebung der Produktion ist vorhanden. Eine große Schwierigkeit bietet da die Düngemittelfrage. Eine Herabsetzung der Lebensmittelpreise erscheine nicht angängig, wohl aber eine Senkung der Düngemittelpreise. Die Einfuhr genügender Phosphate muß sofort in Angriff genommen werden.

Abg. Rieseberg (deutschnat.) machte geltend, auch wir halten Steigerung der Produktion für erforderlich. Die Schieber sitzen ganz anderswo, als bei den Landwirten, z. B. unter den landwirtschaftlichen Arbeitern. Die kapitalistische Wirtschaft ist durchaus kein Hemmnis der Produktion.

Abg. Frau Wurm (U. Soz. rechts) erörterte verschiedene Fragen der Ernährung und ging dabei besonders auf die schlechte Milchversorgung der Großstädte ein. Die Proletarierfrauen in Berlin seien nicht imstande, sich die ihnen zugewiesene Milch zu kaufen; sie wären genötigt, die Milchkarten zu verkaufen. Die Rednerin richtete starke Angriffe gegen die Landwirtschaft.

Abg. Dr. Boehme (Demokrat) bemängelte in scharfer Weise die Ausführung des Siedlungsgesetzes. Diesen Ausführungen trat der Abg. Braun (Soz.) in seiner Eigenschaft als preußischer Landwirtschaftsminister entgegen.

Abg. Lutz (Kommunist) richtete eine Reihe heftiger Angriffe gegen die Rechte.

Nach weiteren Ausführungen des Abg. Böhme-Demokrat und des preußischen Landwirtschaftsministers Abg. Braun (Soz.) über das Siedlungsgesetz sprach noch Abg. Vorsch (Deutschntl.) als Vertreter des hessischen Bauernbundes.

Damit schloß die allgemeine Aussprache und es begann die Spezialdebatte.

Wieder eine Entwaffnungsnote.

General Nollet gegen die Einwohnerwehren.

Auf die deutsche Note betreffend die Selbstschutzorganisationen ist jetzt eine ablehnende Antwort der Ententekommission in Berlin, gezeichnet von General Nollet, eingegangen. Es heißt darin u. a.:

„Die deutsche Reichsregierung erklärt, daß diese Organisationen, da sie weder einen militärischen Charakter noch irgendwelche Beziehungen zur Reichswehr haben und ausschließlich dem Zwecke der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung dienen, durch keine Bestimmung des Friedensvertrages verboten wird. Indessen beweisen die Nachrichten, die die Interalliierte Militär-Kontroll-Kommission über gewisse Organisationen besitzt, daß sie in Wirklichkeit einen militärischen Charakter haben und daß sie in enger Verbindung mit den regulären militärischen Befehlsstellen stehen. Es genügt beispielsweise, auf den Wortlaut der „Satzungen des Landesverbandes der

Einwohnerwehren Bayerns"

hinzuweisen, die von dem Landeshauptmann Escherich unterzeichnet und durch den Landesausschuß am 10. März 1920 bestätigt worden sind; darin wird die Landesleitung mit der Verbindung mit dem Wehrkreiskommando beauftragt und die Kreishauptleute sichern danach die Verbindung mit den Reichswehrbrigaden. Ebenso gehört es in Ostpreußen zu der Aufgabe zweier Generalstabsoffiziere der I. Infanteriedivision, die Verbindung mit den Selbstschutzorganen aufrecht zu erhalten und die Bedürfnisse dieser Organe in administrativer Hinsicht zu erfüllen. In Wirklichkeit also stellen die Selbstschutzorganisationen (und hierunter versteht der Interalliierte Heeresüberwachungsausschuß: Grenzwehren, Grenzschutz, Stadtwehren, Einwohnerwehren, Orgesch und andere ähnliche Vereine) Formationen dar, die geeignet sind, eine Mobilisation zu erleichtern. Sie fallen also unter die Bestimmungen des Artikels 178 des Friedensvertrages und

müssen aufgelöst werden.

Ihre Aufrechterhaltung nach Durchführung ihrer Entwaffnung wäre übrigens auch durch rein innere Gründe nicht zu rechtfertigen. Denn sie würden, ihrer Waffen entblößt, nicht mehr in der Lage sein, wirksam an der Aufrechterhaltung der Ordnung teilzunehmen. Die deutsche Regierung verlangt im übrigen eine Ausnahmestellung für die Selbstschutzorganisationen Bayerns und Ostpreußens. Es muß zunächst darauf hingewiesen werden, daß andere Staaten des Deutschen Reiches, deren Sicherheit ihrer Ansicht nach ebensowenig verbürgt ist, die gleiche Ausnahmestellung beanspruchen könnten.

Was Ostpreußen anbetrifft,

so glaubt sich die Interalliierte Militär-Kontrollkommission auf die Erfahrungen des letzten Sommers verlassen zu können. Sie erinnert nur daran, daß die Deutsche Regierung damals nicht auf die regulären Truppen aus dem Innern des Reiches zurückgegriffen hat, und daß nach der eigenen Ansicht des Oberpräsidenten der Provinz eine Verstärkung von ungefähr 3000 Mann genügend war, um die Sicherheit aufrechtzuerhalten.

Unter diesen Umständen ist eine Sonderbehandlung weder für Bayern noch für Ostpreußen erforderlich, deren Selbstschutzorganisationen wie die der anderen Teile Deutschlands aufgelöst und entwaffnet werden müssen.

Indem die Interalliierte Militär-Kontrollkommission nochmals den Grundsatz der sofortigen Auflösung und Entwaffnung in Anwendung des Friedensvertrages und des Spa-Protokolls betont, besteht sie noch einmal darauf, daß die Deutsche Regierung ihr unverzüglich die zu treffenden Maßnahmen mitteilt.

Eupen – Malmedy.

Nochmaliger Appell an den Völkerbund.

Die an den Generalsekretär des Völkerbundes Drummond gerichtete deutsche Note, in der die Ungültigkeitserklärung der Volksbefragung über Eupen und Malmedy

[illegible] seinerzeit von Voraussetzungen ausgegangen ist, die auf unrichtiger Information beruhen und den Tatsachen nicht entsprechen. Die deutsche Regierung könne deshalb den Beschluß des Völkerbundes in Sachen Eupen—Malmedy nicht anerkennen.

Gestützt auf die Erklärung des Völkerbundes, daß seine Entscheidung anders lauten müsse, wenn durch genaue und übereinstimmende Beweise dargetan werden könne, daß das Ergebnis der Volksbefragung durch Einschüchterung und Druckmittel, durch Amtsmißbrauch und Bedrohung mit Repressalien bestimmt worden sei, welche die freie Willensäußerung der Bevölkerung verhindert hätten, führt die deutsche Regierung in den der Note beigefügten Anlagen den unwiderleglichen Nachweis für das dem Rate des Völkerbundes nicht bekannt gewesene Bestehen allgemeiner Vergeltungsmaßnahmen gegen Personen, die von ihrem Stimmrecht Gebrauch machten.

Gestützt auf diese Beweise erwartet die deutsche Regierung, daß die rechts- und vertragswidrige Volksbefragung, wie sie von den belgischen Behörden gehandhabt wurde, für ungültig erklärt und der Bevölkerung die Möglichkeit einer wahrhaft freien unbeeinflußten Willensäußerung gegeben wird. Die deutsche Regierung knüpft daran die Bitte, daß bei Prüfung der Angelegenheit auch ihr Gelegenheit zur Auskunftserteilung gegeben wird und daß der Völkerbund eine Kommission in die Kreise entsende, um sich aus eigener Überzeugung ein Bild über die wahre Stimmung der Bevölkerung zu verschaffen.

Wie aus Genf gemeldet wird, legte der Generalsekretär des Völkerbundes dem Kongreß die Note der deutschen Regierung vor. Es wurde aber nur die Übersetzung der Note selbst, dagegen nicht die Anlagen mit den Beweismitteln vorgelegt. Es wurde lediglich bekannt gegeben, daß die Anlagen in der Bibliothek des Sekretariats eingesehen werden könnten, ebenso wie der Bericht der belgischen Regierung vom 17. November, in dem die Bemerkungen der deutschen Regierung über die Volksbefragung widerlegt worden seien. In dem Begleitschreiben zu der Note bemerkt der Generalsekretär, daß der Beschluß des Rates über die Zuweisung der beiden Kreise an Belgien endgültig sei.

Serbisch-holländischer Konflikt.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Wie aus dem Haag gemeldet wird, ist zwischen der niederländischen und der serbischen Regierung wegen einer Mißhandlung des niederländischen Konsuls in Belgrad eine Meinungsverschiedenheit entstanden. Die niederländische Regierung betrachtet die von der serbischen Regierung in der Angelegenheit eingenommene Haltung als mit der für die Aufrechterhaltung guter internationalen Beziehungen üblichen Art im Widerspruch stehend. Sie hat daher an ihren Gesandten in Belgrad Auftrag gegeben, Serbien zu verlassen, und dem serbischen Geschäftsträger im Haag mitgeteilt, daß auf seine weitere Anwesenheit im Haag kein Wert gelegt wird.

Demokratischer Parteitag.

Nürnberg, 14. Dezember.

Auf dem Parteitag sprach ferner Reichstagsabgeordneter Böhme über die Bedeutung des Siedlungswesens für die deutsche Wirtschaft, wobei er erklärte, die Aufgabe des Siedlungsgesetzes sei, den überwiegenden Großgrundbesitz für Siedlungen nutzbar zu machen. Nach einer längeren Aussprache, in deren Mittelpunkt Rathenaus Sozialisierungsvorschläge standen, sprach Minister Oeser. Er erklärte, daß man mit der heutigen Wirtschaft nicht einmal mehr zwei bis drei Jahre durchhalten könne. Es sei vielleicht richtig, aus Rathenaus glänzender Theorie einfache praktische Richtlinien herauszukonstellieren. Nicht die Politik, sondern die Wirtschaft werde die nächsten Jahre beherrschen.

Eine Rohstoffkrise

gebe durch die Welt. Wer Europa retten wolle, müsse den Versailler Vertrag beseitigen. Er ist, sagte der Minister, aus dem Geiste des Hasses, der kleinlichen Rachsucht und des Unverstandes erwachsen. Er birgt nicht einen Funken staatsmännischen Geistes in sich, und niemand war an ihm beteiligt, der einen Weltgedanken gehabt hätte. Bei seiner Beseitigung handelt es sich nicht um eine deutsche Frage, sondern um eine Weltfrage, und durch den Versailler Vertrag ist nicht einer der großen Gedanken Wilsons verwirklicht worden. Entweder der Vertrag fällt, oder ein großer Teil der Menschheit Europas verhungert. Minister a. D. Gothein macht den Vorschlag, die Produktion der Landwirtschaft dadurch lohnend zu machen, daß man für jeden Zentner Brotgetreide und Gerste, den sie über die Ablieferungspflicht hinaus abliefere, zwei Zentner Mais gibt. Nachdem noch die Abgg. Frau Dr. Baeumer, Erkelenz und Minister Hamm gesprochen hatten, wurde ein Antrag auf Anerkennung der Tätigkeit der Hausfrau als Berufstätigkeit, sowie ein Antrag, den drohenden Zusammenbruch des städtischen Grundbesitzes durch Reichsmaßnahmen zu verhindern, angenommen. Zum Vorsitzenden des Parteiausschusses wurde Senator Dr. Petersen, zu seinen Stellvertretern Staatspräsident Hieber (Stuttgart), Frau Dr. Gertrud Baeumer und Professor Gerland (Jena) gewählt. Hierauf wurden die Verhandlungen vertagt.

Preußentag des Zentrums.

Berlin, 14. Dezember.

Während des gestrigen Vormittags fand eine geschlossene Sitzung statt, die sich mit Organisationsfragen der Zentrumspartei befaßte. In der öffentlichen Sitzung sprach Abgeordneter Kreisschulrat Kamp-Münster über das Thema „Jungzentrum und wir". Er stellte eine Reihe von Leitsätzen für die Heranbildung der Jugend im einzelnen auf. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde eine stärkere Heranziehung der Frauen zur Parteiorganisation verlangt. Von der Errichtung katholischer Theologie-Fakultäten an den Universitäten versprach man sich großen Einfluß auf die Studentenschaft. Zum Schluß wurden mehrere Entschließungen angenommen, in denen den durch den Machtspruch der Entente von unserem Volkskörper losgerissenen Stammesbrüdern unwandelbare Gesinnungstreue versichert und mit aufrichtiger Dankbarkeit der großen Opfer, die die Bevölkerung in den besetzten Gebieten übernehmen mußte, gedacht wird. Angesichts der nahenden Abstimmung in Oberschlesien spricht der Parteitag die freudige Zuversicht aus, daß es den Anstrengungen der Bevölkerung dieses so heiß umstrittenen Gebietes gelingen wird, die Zugehörigkeit zum Volksganzen sicherzustellen. Allen Parteifreunden im Lande macht es der Parteitag zur Pflicht, die Werbearbeit für Oberschlesien nach Kräften zu unterstützen.

Dr. Helfferich contra „Neue Zeit".

100 Mark Geldstrafe für Redakteur Joel.

§ Berlin, 14. Dezember.

In dem Prozeß, den der ehemalige Vizekanzler Dr. Helfferich gegen den Redakteur Anselm Joel von der Charlottenburger Zeitung „Neue Zeit" wegen Beleidigung angestrengt hatte, folgte auf die Vernehmung des ehemaligen Staatssekretärs von Kühlmann die Aussage des ehemaligen Reichskanzlers Michaelis, der über das angebliche englische Friedensangebot vom September 1917 im wesentlichen dasselbe aussührte wie Kühlmann. Die Frage, ob es auch heute noch seine Ansicht wäre, daß in England 1917 eine gewisse Friedensbereitschaft vorhanden gewesen sei, beantwortete er mit ja. Ferner gab er an, daß in einer Kronratssitzung, die am 11. September 1917 im Schlosse Bellevue stattfand, der Kaiser gesagt habe: „Meine Herren, sehen Sie zu, was Sie tun können. Sorgen Sie dafür, daß wir zu Weihnachten Frieden haben. Sie haben völlig freie Hand." Auf Befragen des Verteidigers gab dann Michaelis zu, daß er kurz darauf an Hindenburg einen Brief geschrieben habe, in dem er forderte, daß Belgien wirtschaftlich und militärisch fest in unserer Hand bleibe.

Der Zeuge Dr. Oskar Cohn, der Mitglied des Untersuchungsausschusses des Reichstages war, bekundete, daß er von Englands Friedensbereitschaft im Sommer 1917 gehört habe. Ihm sei bekannt geworden, daß dem Sekretär der deutschen Botschaft in der Schweiz eine Liste mit den englischen Friedensbedingungen überreicht worden war. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärte v. Kühlmann, daß ihm hiervon nichts bekannt sei. Hierauf wurde die Beweisaufnahme geschlossen.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten auf Grund des § 185 wegen formaler Beleidigung zu 100 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte erklärte, daß er gegen dieses Urteil Berufung einlege.

Lokales und Provinzielles.

Halver, 16. Dezember 1920

□ **Keine Brotpreiserhöhung.** Immer wieder wird behauptet, daß eine mehr oder weniger bedeutende Erhöhung der Brotpreise, richtiger der Mehlpreise, der Reichsgetreidestelle bevorstehe. Diese Behauptung ist, wie amtlich erklärt wird, unzutreffend. Der Reichsernährungsminister hat bereits im Reichstage darauf hingewiesen, daß eine solche Erhöhung angesichts der gesteigerten Aufwendungen, die die Bevölkerung für die Versorgung gerade im Winter belasten, bei der immer mehr sinkenden Kaufkraft weiter Kreise nicht angängig ist, und daß, um den Mehlpreis auf der gegenwärtigen Höhe zu halten, allein für die Zeit bis zum 31. März 1921 rund 5½ Milliarden Mark an Reichszuschüssen angefordert werden müssen. Es ist unter diesen Umständen nicht ersichtlich, auf welche Tatsache sich die Behauptung von einer bevorstehenden Erhöhung der Brotpreise stützt.

—° Die Vorbereitungen für die Quäkerspeisungen nehmen ihren Fortgang und es darf damit gerechnet werden, daß die so sehr zu begrüßende, großzügige Wohlfahrtseinrichtung nach Beendigung der Weihnachtsferien, und zwar am 4. 1. 21 ins Leben treten kann.

—° Bei der Hufbeschlaglehrschmiede des Kreises Hagen—Land zu Herdecke a. d. Ruhr beginnt am Mittwoch, den 5. Januar 1921 ein neuer Kursus. Dieser theoretische und praktische Kursus dauert drei Monate. Das Lehrgeld beträgt 60— Mark. Weitere Gebühren sind nicht zu entrichten. Das Bestehen der Abschlußprüfung befähigt zum Betriebe des Hufbeschlaggewerbes gemäß dem Gesetze vom 18 Juni 1884. Die Schüler müssen mindestens 19 Jahre alt sein. Aufnahme-Anträge sind an den Landrat Hagen-Land, den Kreistierarzt, Veterinärrat Schaumkell in Hagen oder an den Lehrschmiedemeister Dohme zu Herdecke zu richten, woselbst auch weitere Auskunft erteilt wird. Dem Antrage sind beizufügen: a) ein Nachweis über Erlernung des praktischen Schmiedehandwerks während einer mindestens dreijährigen Dauer; b) ein polizeiliches Führungszeugnis.

= + **Halver,** 16. Dez. Am gestrigen Abend hatte zu einem Gastspiele im „Haus zur Fuhr" hierselbst der Künstler-Detektiv Tell die hiesigen Bewohner eingeladen. Der Saal war allerdings nicht gut besetzt, welches wohl darauf zurückzuführen war, daß man sich von der ganzen Sache nicht viel versprach. Doch sollten es die Besucher bald anders erfahren. Tell löste hier von Personen aus der Mitte des Publikums gedachte Experimente durch Gedankenübertragung, die allseitiges Erstaunen hervorriefen. Auch auf dem Gebiete der Kriminalistik löste Tell ihm eine gestellte Aufgabe innerhalb weniger Minuten mit verbundenen Augen glänzend. Nur bei der Gedankenübertragung von sich auf eine Person aus dem Publikum, hatte nicht den gewünschten Erfolg. Allseitige Heiterkeit und großes Erstaunen löste sich bei dem letzten Punkte des Programms, der Massenhypnose. Hierbei kamen die Besucher nicht aus dem Lachen heraus. Tell konnte Personen in allerlei Stellungen und Zustände versetzen, wobei er vollends die Herrschaft über dieselben hatte. So z. B. konnte der Künstler Personen auf einen bestimmten Platz und in allerlei Stellungen wie festgenagelt setzen, sie in schlafenden sowie im betrunkenen Zustand versetzen. Alles in allem war wohl daß, was der Künstler bot, über alles Erwarten der Besucher hinausgegangen.

+ **Kierspe,** 16. Dez. Die Wählerlisten für die Wahl der neuen Repräsentationsmitglieder unserer Kirche werden zwei Wochen lang, und zwar vom 13. bis 27. dss. Mts. bei den beiden Pfarren werktäglich von 9 bis 1 Uhr morgens zur Einsicht ausliegen. Einsprüche gegen die Liste können von den Gemeindegliedern nur während der zweiwöchigen Auslegungsfrist angebracht werden, und zwar entweder schriftlich beim Presbyterium, oder mündlich zu Protokoll beim Vorsitzenden des Presbyteriums, Herrn Pastor Meyer zu Theenhausen, werktäglich von 9 bis 1 Uhr. Gleichzeitig ergeht die öffentliche Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen für die Wahl der Repräsentanten vom 10. Dezember d. Js. bis 15. Jan. 1921 beim Vorsitzenden des Presbyteriums. Die Zahl der zu Wählenden beträgt 40. Wählbar in die Vertretung sind alle Wahlberechtigten. Die Wahl ist auf Personen zu richten, die durch Betätigung ihrer Kirchenmitgliedschaft, insbesondere durch Teilnahme an der kirchlichen Gemeindearbeit das Vertrauen der Wähler in ihre kirchliche Einsicht und Erfahrung gewonnen haben. Wird erst in den letzten 3 Tagen vor Ablauf der Einreichungsfrist ein Wahlvorschlag eingereicht, so können noch während weiterer 7 Tage andere Wahlvorschläge eingereicht werden. Die Wahlvorschläge müssen von mindestens 20 wahlberechtigten Mitgliedern der Kirchengemeinde unterzeichnet sein. Von jedem vorgeschlagenen Bewerber ist eine Erklärung über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag beizubringen. Ein Bewerber darf nicht

---

Die Diamantenkönigin.

von Erich Friesen.

31 Nachdruck verboten!

„Kein Wort weiter!" unterbricht sie ihn kalt. „Wie ich hörte, bewerben Sie sich um die Hand der Tochter Ihres Gastfreundes und vor allen Gästen, insbesondere vor Fräulein Morgenstern, sollte ich Ihnen eigentlich das Brandmal Ihrer Verräterei auf die Stirn drücken, Herr Harrison! Aber ich will nicht; ich will nichts mehr mit Ihnen zu tun haben — in keiner Beziehung. Gehen Sie!"

Damit deutet ihr rechter Zeigefinger nach der Tür.

Herrn Edwards soeben noch lebhaft gerötetes Gesicht wird aschfahl. Daß das Mädchen seine unlauteren Absichten so völlig durchschaut, macht ihn fast rasend. Was gäbe er darum, wenn er sie in seine Arme schließen, ihren Mund mit heißen Küssen bedecken, ihren Stolz brechen könnte!

Schon will er sich aufs neue nähern, weicht jedoch vor dem klaren, furchtlosen Blick ihrer großen Augen zurück und gleich darauf schließt sich hinter ihm die Portiere.

Mit verächtlich gekräuselten Lippen setzt sich Gertrud wieder in den Sessel, um weiter zu lesen, doch ihre Gedanken sind nicht mehr bei der Dichtung; deutlicher als je fühlt sie die Unhaltbarkeit ihrer Stellung und nachdem sie noch einige Zeit wie mechanisch die Seiten des Buches hin und her geblättert hat, geht sie wieder hinauf in ihr Zimmer.

Noch niemals vorher hat sie so tiefschmerzlich empfunden, wie zu dieser Stunde, daß sie allein im Leben dasteht, und die Sehnsucht erwacht in ihrem jungfräulichen Herzen, die Sehnsucht, in einem anderen Herzen aufzugehen, hinüberzuschmelzen in ein anderes Ich; ihre Seele lechzt nach jener vollkommenen Vereinigung, wie sie nur zwischen zwei Menschen bestehen kann, die ihr ganzes Innerstes miteinander teilen.

Sie will dabei an Onkel Eberhard denken, den ihr ein grausames Geschick so plötzlich entrissen, doch mit plastischer Deutlichkeit drängt sich anstatt des guten markigen Gesichts des Toten ein anderes Bild: ein kühnes, jugendliches Männergesicht mit dunkelblondem Lockenhaar und feurigen graublauen Augen, ihr auf und plötzlich ist ihr, als sei sie bisher blind gewesen, als falle es wie Schuppen von ihren Augen: nicht nur um den Verlust des guten Onkels trauert sie — nein, weit mehr noch um den Verlust des Mannes, den sie liebt, liebt mit der ganzen Leidenschaft ihres unberührten Herzens.

Weit breitet sie die Arme aus, als könne sie es halten, dieses Traumbild des Glückes.

Ach, könnte sie zu ihm, zu dem Geliebten! Könnte sie in seine Arme flüchten, daß er sie schütze vor jenem Unterschämten da unten! Könnte sie an seiner Brust ihren Schmerz, ihr Leid ausweinen!

Doch — wo ist er? Wie, wenn sie ihn nie wiedersehen sollte? Wenn die erbarmungslose Faust des Schicksals den farbenprächtigen Schleier, der ihre Zukunft ehedem mit zartem rosigen Dunst umhüllte, zerrissen und das schwarze Bahrtuch über ihr Lebensglück gebreitet hätte?

Wild schlägt ihr Herz bei diesem Gedanken; sie springt empor, will rufen, kein Laut kommt aus ihrer Kehle: die Hände aufs Herz gepreßt, steht sie am Fenster und blickt hinaus in den leeren Park — starr, tränenlos, und eine plötzliche Angst befällt sie, Angst vor der Zukunft, die sich wie ein düsterer Abgrund vor ihr auftut.

*

Der nächste Tag steigt langsam auf hinter der grauen Regenwand, die die ganze Natur ringsum umschließt. Vom bleifarbenen Himmel regnet es in feinem Gesicker, in plätschernden großen Tropfen, in schiefen, eiligen Strahlen fort und fort, den ganzen Vormittag — mit imponierender Ausdauer.

Frau von Althoff-Harrison hat es vorgezogen, ihr Frühstück im Bett einzunehmen; gähnend schlürft sie ihre Schokolade, dreht sich dann mißvergnügt wieder auf die andere Seite, um weiter zu dusseln, und bequemt sich erst gegen Mittag zum Aufstehen. Ihre Laune ist auch jetzt noch die denkbar schlechteste; nichts kann Gertrud ihr recht machen, an allem findet sie etwas zu tadeln.

Plötzlich erregt ein gelles Töff-Töff unten im Park ihre Aufmerksamkeit; sie eilt ans Fenster und wie durch einen Kanonenschlag ist jede Spur von Langeweile, von Mißstimmung aus ihrem Antlitz weggewischt; in ihren Augen zuckt es triumphierend auf, ein Lächeln der Befriedigung umspielt ihre Lippen.

„Rasch, rasch mit meiner Toilette! Sie sind heute furchtbar langsam, Gerda!"

Nach kurzer Zeit steht Madame vor dem hohen Ankleidetrumeau und mustert aufmerksam ihr Spiegelbild, wobei sie mit besonderer Sorgfalt an ihren Stirnlöckchen zupft und noch einmal mit der Puderquaste über das etwas erhitzte Gesicht fährt; dann nimmt sie mit bei ihr seltsamer Hast die Schleppe ihres perlgrauen Samtgewandes zusammen und eilt davon.

Ganz gegen ihre Gewohnheit blickt Gertrud ihrer Herrin durch die offene Tür nach, wie sie, strahlend im Schmuck ihres leuchtend blonden Haares, die teppichbelegten Treppenstufen hinabschwebt, und eine gewisse Neugier regt sich in ihr, wer der neue Gast wohl sein könne, der Madame in so freudige Aufregung versetzt.

Wie von einer unsichtbaren Macht getrieben, beugt sie sich über das Treppengeländer und späht hinab, als ein Name an ihr Ohr dringt, der ihr das Blut in rasender Geschwindigkeit zum Herzen treibt.

„Ah mein lieber Herr Rode, schön, daß Sie noch gekommen sind!" schallt die fette Stimme des Bankiers Morgenstern zu der oben gespannt Lauschenden herauf.

Wäre es möglich? Er — hier? Er, nach dem ihr Herz so sehnsüchtig verlangt?

Doch nein! Nicht der schlanke junge Schriftsteller ist es, dem Frau von Althoff-Harrison soeben mit honigsüßem Lächeln die beringte Hand entgegenstreckt, sondern ein ältlicher, behäbiger Herr mit etwas rotem freundlichen Gesicht und leicht ins Graue spielendem Haar und Bart.

„Endlich, endlich erscheinen auch Sie auf der Bildfläche!" flötete der Madame modulationsfähige Stimme. „Bereits über eine Woche amüsieren wir uns hier köstlich — dank der Liebenswürdigkeit unseres verehrten Gastgebers — und Sie fehlten noch immer!"

„Geschäfte; dringende Geschäfte, meine Gnädigste! Sonst hätte mich nichts abhalten können," lautet die eisige Erwiderung. „Denken Sie nur, man ist der geheimnisvollen Diamantendiebin auf der Spur!"

(Fortsetzung folgt.)

Wer sucht, der findet ein passendes

Weihnachtsgeschenk

Ich empfehle:

ELEKTRISCHE ARTIKEL

stilvolle Beleuchtungskörper wie Kronleuchter, Ampeln, Zuglampen, Zugkronen, Flur- und Dielenlampen, Tischlampen in Metall u. Korbgeflecht, Klavier- und Nachttischlampen.

Bügeleisen, Kochtöpfe, Teekessel, Heizgewebe, Föhn-Apparate zum Haartrocknen, alles komplett und anschlussfertig. El Taschenlampen und Batterien.

sowie sämtliches zu Anschlüssen und Selbstanfertigung benötigte

ELEKTRISCHE LEHRMITTEL

Elektrisier-Apparate — Kleinmotore für Gleich- und Drehstrom usw.

Herren-, Damen- und Kinder-FAHRRÄDER
— — in erstklassigen Friedensausführungen. — —

NÄH-MASCHINEN

in Versenkausstattung u. mit Kasten in jeder Preislage bis zu den allerfeinsten Ausführungen wofür ich garantiere.

ALUMINIUM-HAUSHALTUNGSGEGENSTÄNDE

aus garantiert Rein-Aluminium, nur schwere unbordierte Ware, wie Kochtöpfe, von 3—10 Lt. Inhalt, Löffelbleche Gemüsesieben, Bratpfannen, Suppen-, Schaum- u. Milchlöffel, Kaffee- u. Teesiebe, Trinkbecher, Vorleger, Ess- u. Kaffeelöffel, Essgabeln u. s. w. usw.

INSTALLATIONSMATERIAL
STAHLWAREN

Taschenmesser, Tischmesser, Küchenmesser, Rasiermesser, Rasierapparate, Haar- und Pferdescheermaschinen, Scheeren aller Art, sowie Rasiernäpfe, Pinsel, Streichriemen u. s. w., ferner echte Reichsrasierseife.

MUSIK-INSTRUMENTE.

Phonografen und Schallplatten, Zieh- und Mundharmonikas usw. in allen Preislagen und Ausführungen.

Ferner empfehle

Original K. W. Feuerzeuge, sowie sonstige Haus- und Gebrauchsgegenstände aller Art.

Habe auch noch einige guterhaltene gebrauchte Herren-, Damen- und Knaben-FARRAEDER abzugeben.

Fernspr. 76 **H. STEINBACH, WIPPERFUERTH** Unterestr. 4

LACTO-EIPULVER

(Lactovolin)

Ojolin-Eiweisspulver zum Schneeschlagen Vilova-Eigelbpulver Vilovum-Volleipulver

Lacto-Rührei-Pulver

Alleinhersteller: LACTOWERK WORMS-HORCHHEIM.

Konsum- u. Prod.-Genossensch. „Einigkeit“,

e. G. m. b. H, Lüdenscheid.

Wir empfehlen:

Corned-Beef	10.—	Mk. per Pfd.
Margarine	14.—	„ „ „
Speck amerik.	20.—	„ „ „
Speck geräuchert holl.	22.—	„ „ „
Cokosfett	21.—	„ „ „
Schmalz	22.—	„ „ „
Simons Backöl	28.—	„ per Ltr
Reis	5.80	„ per Pfd.
ganzen Mais	2 40	„ „ „
„ „ Sackweise	2 20	„ „ „
Transparent-Seife	8—	„ „ „

Ferner empfehlen wir:

Bonbons. Schokolade, Backpulver, Feigen, Mandeln, Rosinen, Korinthen, Keks, Spekulatius und Kerzen, sowie alle Sorten Wurst und Käse.

Ferner: gestrickte Handschuhe, Paar 7,— Mark, Hosenträger, Paar 10,— Mk. und 18— Mk, Strickwolle in verschiedenen Preislagen.

Der Vorstand.

Der Erfolg

von Anzeigen aller Art ist im

Wipperfürther Tageblatt

durch seine sich aus allen Ständen zusammensetzende Leserschaft und infolge seiner Verbreitung in den Kreisen Wipperfürth, Gummersbach und Lennep

stets gesichert.

Wipperfürther Druckerei
und
Verlag des Wipperfürther Tageblatt
G. m. b. H.
Unterestrasse. Wipperfürth Fernsprecher 175.

Empfehle: 1501

emaill. Oefen und Herde, Kesselöfen, gußeiserne, emaill. u. alum. Kochgeschirre, Küchen- u. Tafelwaagen, elektr. Bügeleisen, Waschmaschinen, Rodelschlitten, Schlittschuhe,

sowie sämtliche Haus- und Küchengeräte

zu den billigsten Preisen

Carl Reininghaus. Rönsahl.

— Telefon Nr. 109. —

Lager in

erstklassigen Nähmaschinen,

Küpperbusch Herde und Oefen

liefere zu billigen Preisen.

Otto Haase, Eisenwaren,

Kierspe, Telefon Nr. 181, Amt Meinerzh.

Drei Dinge

sind es vor allem, die unsere Rheinisch-Westfälische Zeitung überall da im Westen unseres Vaterlandes unentbehrlich machen, wo man tätigen Anteil am öffentlichen Leben nehmen will. Diese drei Kardinalpunkte sind folgende.

Der Politiker, ganz gleich, welcher Richtung er angehört, ist sich bewußt, daß er schlechterdings kaum an den für den Neuaufbau Deutschlands in nationalem Sinne wirkenden politischen Ausführungen der R. W. Z. vorübergehen kann, weil diese nicht nur seit langem lebhafteste Beachtung im In-, sondern auch im Auslande finden.

Der Börseninteressent, der sich jederzeit schnell, eingehend und zuverlässig über alle bedeutenden Vorgänge an den wichtigsten Waren- und Effektenbörsen des In- und Auslandes, sowie über die wirtschaftliche Lage der Gesellschaften, deren Interessen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet verankert sind, unterrichten will, weiß, daß sein bester Wegweiser der Handelsteil der R. W. Z. ist.

Der Kaufmann, der vor- und aufwärts strebt, kann nicht an dem Anzeigenteile der R. W. Z. vorübergehen. Nur große Industrie- und Handelsblätter vom Schlage unserer Zeitung bieten eine solche Fülle von industriellen Anzeigen, wie sie dem Empfehlungsanhange der R. W. Z. eigen ist. Groß ist auch der „Stellenmarkt“ und der „Rheinisch-Westfälische Hypothekenmarkt“ unseres Blattes.

Wollen Sie Ihr Verhalten gegenüber den täglichen Geschehnissen sowohl innen- und außenpolitischer, als auch wirtschaftlicher Art, an Hand einer wirklich erstklassigen und hervorragend redigierten Zeitung einstellen, dann bestellen Sie, bitte, die 3mal täglich erscheinende R. W. Z. bei unserer Hauptgeschäftsstelle, Essen, Theaterplatz 8, oder bei der Post. Der Bezugspreis beträgt z. Zt. nur Mk. 9.— pro Monat.

Verlag der Rhein.-Westf. Zeitung, Essen

Glörfelder Viehversicherungs-Verein.

Generalversammlung

am Samstag, den 18. Dez. abends 6 Uhr im Lokale van Elten, Grünenbaum.

Tagesordnung:

1. Rechnungsablage.
2. Vorstandswahl.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Rotweinflaschen

(grüne und weiße Bordeauxflaschen), Kognacflaschen unbeschädigt, fett-, oel- u geruchfrei kauft laufend jeden Posten und erbittet Angebote auch kleinerer Mengen. 2479

E. Lausberg Ww.

Halver i. W. Telefon 191.

PELZE

empfiehlt: 23

zu besonders vorteilhaften Preisen, in grösster Auswahl und besten, tragbar. Qualitäten

das Pelzhaus

Louis Wurm jr.,

Lüdenscheid.

Extra Anfertigungen und Umänderungen in bekannt guter Ausführung bei mässigen Preisen auf eigenen Werkstätten.

Achtung für Landwirte!

Futterschneidmaschinen für Kraftbetriebschw. Ausführ. von Mark 1700,- bis 1900,-.

Breitdreschmaschinen mit Patent Schüttelwerk, Mahlmühlen in jeder Grösse, Wannemühlen, Kreissägen, Waschmaschinen für Hand- u. Kraftbetriebsbetr.

Tausche auch gebrauchte Maschinen ein.

Billige Offerte und Kostenanschläge gratis.

Otto Haase, Maschinen und Eisenwaren.

Kierspe Telefon Nr 181, Amt Meinerzhagen.

Makulatur

in kleinen Posten abzugeben

Allgemeiner Anzeiger Halver.

Landwirtschaftl Verein u. Bauernrat Halver.

Freitag, den 17. Dezember, nachmittags 1/2 5 Uhr:

Versammlung

im Posthaus.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Zahlreicher Besuch ist dringend erforderlich.

Die in den Bauerschaften gewählten Vertreter d. Bauernrates werden besonders gebeten, vollzählig zu erscheinen.

Die Vorstände.

M.-G.-V. „Arion“, Halver.

Zu der am Samstag, den 18. Dezember, abends 8 Uhr im Vereinslokal des Herrn Gust Lückmann, Jägerhaus stattfindenden

Einweihung der Ehrentafel

unserer gefallenen Sangesbrüder laden wir unsere Ehren- und passiven Mitglieder ergebenst ein.

Der Vorstand.

Helfe den Kriegsblinden z. Weihnachtsfeste durch Kauf eines Loses ihrer Lotterie.

Ziehung: 22. u. 23. Dezbr

Gew.-Kap. Mk. **100000**

Haupt-Gew.: Mk. 60 000
„ „ 50 000
„ „ 10 000

Lose zum amtlichen Preise von M 3 60, Porto u. Liste M 1.- mehr

10 Lose sortiert M. 37.-

Bestellung umgehend erbeten.

Haupt-Lose-Vertrieb:

Felix Narozny,

Hamburg 23, Schellingstr. 42.

Für das bevorst. Weihnachtsfest empfehle:

Ia. Cigarren, Cigaretten, Rauch- und Kautabake, Echte Br. Pfeifen u. Mutzen, Cigarren- und Cigarettenspitzen, Tabakdosen usw.

Fritz Hermann Bohmer,

Schalksmühle, Bahnhofstr. 9a.